

Nachrichten

Strafgericht Peter Holinger gewählt



JURI JUNKOV

Das Kantonsparlament wählte gestern den abtretenden SVP-Landrat und TCS-Vize Peter Holinger als Richter ins Baselbieter Strafgericht. Der Liestaler tritt die Nachfolge seines Parteikollegen Peter C. Brandenberger an, der Anfang Jahr aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgegeben hat. (BZ)

Stipendien-Konkordat Vorlage zurückgewiesen

Der Landrat hat gestern die Vorlage zum Beitritt zum interkantonalen Stipendien-Konkordat an die Regierung zurückgewiesen. Er folgte damit dem Antrag seiner Bildungs-, Kultur- und Sportkommission. Diese hatte kritisiert, der Beitritt sei gemäss Verfassung nur gleichzeitig mit der entsprechenden Gesetzesänderung zu beschliessen. (SDA)

Fluglärm Postulat will Kommission abschaffen

Die Fluglärmkommission soll abgeschafft werden. Dies fordert der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel in einem gestern eingereichten Postulat. Eine Kommission, die ihren Auftrag nicht erfülle, sei überflüssig, heisst es im Vorstoss. So habe die Tatsache, dass seit Dezember 2007 ein neues Anflugregime gilt, keinerlei erkennbare Auswirkungen auf die Aktivitäten der Fluglärmkommission. Das Postulat wurde von Mitgliedern der SVP, FDP und Grünen unterschrieben. (BZ)

Tempo 30 Regierung prüft Hauptstrassen

Ein Bundesgerichtsurteil vom letzten Herbst könnte sich auf die Tempolimits der Baselbieter Hauptstrassen auswirken. Der Landrat überwies mit 48 Ja gegen 33 Nein-Stimmen ein Postulat von Christine Koch (SP, Aesch). Dem Urteil folgend soll der Regierungsrat nun prüfen, ob sich gewisse Hauptstrassenabschnitte – vornehmlich in Ortszentren oder Altstadtgebieten – für Tempo 30 eignen könnten. (BZ)

Klassen nur notfalls auflösen

Sekundarschule Der Baselbieter Landrat lenkt einzig bei SP-Motion ein



Vertreter der IG «Mir gönge i eusem Tal in d'Sek» verteilten den Landräten Flyer.

MICHAEL NITTAUS

VON ALESSANDRA PAONE

Schule bewegt. Das hat die gestrige Sitzung des Baselbieter Landrats gezeigt. Zwei Stunden lang debattierte das Parlament über «unzumutbare lange» und «gefährliche» Schulwege sowie über das System der Klassenbildung. Dabei gingen die Wogen wie erwartet hoch. Und als Siegerin ging klar die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion hervor.

Noch im Januar 2010 hatten die Landräte mit 69 zu 8 Stimmen der Zusammenlegung der Sekundarschulstandorte klar zugestimmt. Einzig die Grünen hatten Zweifel angemeldet – und recht behalten. Denn der Parlamentsbeschluss stiess sowohl bei Eltern als auch bei Lehrern auf Kritik: Als Folge davon wurde im November 2010 die Petition «Mir gönge i eusem Tal in d'Sek» mit 5114 Unterschriften eingereicht. Diese wollte verhindern, dass die beiden Frenkentäler einen gemeinsamen Schulkreis mit den Standorten Oberdorf und Reigoldswil bilden. Gründe: unzumutbarer Schulweg, zusätzliche Kosten und Verlust der Attraktivität der Wohngemeinde für Familien.

Zudem lancierten Anfang April Eltern, Schüler und Politiker von links bis rechts die kantonale Volksinitiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen». Darin fordern sie, dass Schüler nur noch mit dem Einverständnis der Eltern in andere Orte verlegt werden dürfen.

Die Initiative wird am nächsten Donnerstag in Liestal eingereicht.

Schon vor der Landratsitzung hatten Mitglieder der IG «Mir gönge i eusem Tal in d'Sek» vor dem Regierungsgebäude versucht, die Landräte mit Flyer von ihren Anliegen zu überzeugen. Jedoch vergebens. Denn weder ihr Engagement noch die emotionalen Voten einzelner Landräte vermochten den Rat umzustimmen. Er folgte der Empfehlung der Petitions-

«Es ist nicht fair, dass einzelne Familien schlechter gestellt werden als andere.»

Elisabeth Augstburger, EVP, Liestal

kommission und lehnte die Petition gegen die talübergreifende Verschiebung von Schulkindern zwischen Reigoldswiler- und Waldenburgertal mit 63 gegen 10 Stimmen bei 9 Enthaltungen deutlich ab.

Es sei sehr demoralisierend für ein elfjähriges Kind, wenn es als einziges einen einstündigen Schulweg zurücklegen muss, argumentierte Jürg Wiedemann (Grüne, Birsfelden). «Man reisst die Kinder aus dem sozialen Gefüge heraus.» Die Freisinnige Monica Gschwind (Hölstein) wies zudem auf die «nicht unbedeutenden Mehrkosten» hin, die durch das U-

Abo und das auswärtige Mittagessen entstehen. EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger (Liestal) doppelte nach: «Es ist nicht fair, dass einzelne Familien schlechter gestellt werden als andere.» Doch die Petitionsgegner bezeichneten die Argumente der Befürworter als «übertrieben» und «unverhältnismässig». Karl Willimann (SVP, Füllinsdorf): «Da wird auf sehr hohem Niveau gejammert.»

Nach dem klaren Nein zur Petition erstaunt es wenig, dass Jürg Wiedemanns Motion gegen die Zwangsversetzung an Sekundarschulen mit 15 zu 51 Stimmen bei 6 Enthaltungen ebenfalls bachab geschickt wurde. Mehr Erfolg hatte dagegen die Sozialdemokratin Eva Chappuis (Reinach). Ihren Vorstoss überwies der Rat mit 44 gegen 34 Stimmen. So dürfen die Baselbieter Schulklassen künftig nur noch aufgelöst werden, wenn sie in Regelklassen weniger als 15 und in Kleinklassen weniger als 6 Kinder umfassen.

Für die SP-Motion sprach sich auch die Regierung aus, zumal sie nur die bestehende Praxis festschreibe und keine Mehrkosten bringe. Bekämpft wurde sie indes von FDP und SVP. «Wir wollen zuerst das Entlastungspaket abwarten, bevor wir etwas festschreiben», sagte etwa Paul Wenger (SVP, Reinach). Die Regierung muss nun eine Teilrevision des Bildungsgesetzes vorlegen, welche die maximalen Klassengrößen für eine Auflösung definiert.

Aufsteller



Seiner verpassten akademischen Laufbahn trauert der Gelterkinder Landrat **Michael Herrmann** heute noch nach: «Ein Bekannter von mir war mit 49 Mitschülern in der Klasse und ist Doktor geworden. Wir waren 13 Schüler in der Klasse – von uns hat niemand den Dokortitel erlangt.» Kopf hoch Herr Herrmann! Immerhin beweisen Sie Entertainer-Qualitäten. Der FDP-Parteipräsident sorgte mit seiner Aussage während der angelegten Debatte über die Schulklassengröße für eine willkommene Auflockerung, brach doch der gesamte Landrat in herzhaftes Lachen aus.

Ablöcher



Für allgemeines Kopfschütteln sorgte SD-Landrat **John Stämpfli** (Münchenstein): Mitten in die laufende Debatte funkte er mit einem «Ordnungsantrag». Was denn die Europafahne am Parlamentsgebäude solle, fragte er und empörte sich: «Wir sind hier doch nicht Europa.» Ratspräsidentin **Bea Fuchs** (SP, Allschwil) reagierte prompt und würgte den stampfenden Stämpfli ab. Erst am Ende der Sitzung hatte Fuchs doch noch Erbarmen mit dem Ahnungslosen: «John, seit Jahren schon hängen wir jeweils am 5. Mai eine Europafahne auf. Denn heute ist Europatag.»



Gesagt

«Ennet dem Jura kann eh niemand zwischen Baselland und -Stadt unterscheiden.»

Christoph Frommherz (Grüne, Münchenstein) zum «Basel»-Werbeauftritt des Landkantons bei den Swiss Indoors.

Kein Numerus clausus für ausländische Studierende

Uni Basel Regierung und Landrat wollen keine Zulassungsbeschränkung für ausländische Studierende an der Universität Basel. Mit 53 Nein zu 21 Ja-Stimmen lehnte der Landrat die zu einem Postulat zurückgestufte Motion von SVP-Parlamentarier Georges Thüring (Grellingen) ab.

Dieser holte zur grossen Rüge aus: «Der Regierungsrat blendet das Problem wider besseren Wissens aus. Er hat Angst, ein heisses Eisen anzufassen. Damit nimmt er seine Verantwortung als Uni-Trägerkanton nicht wahr.» Für Thüring ist es untragbar, dass die Herkunftsländer keine Beiträge an die Ausbildungskosten ihrer Studierenden zahlen, während dies innerhalb der Schweiz die Heimatkantone tun müssen. Da die Zahl auswärtiger Studenten laut Thüring zunehme, drohe «eine nicht zu bewältigende Kostenexplosion». Durch einen Numerus clausus oder andere Beschränkungen könne dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Für die Region wäre diese Massnahme fatal, hielt Bildungsdirektor Urs Wüthrich fest. So seien Ausländer zur Sicherung des Forschungsstandorts unverzichtbar und für die Region von grossem wirtschaftlichem Interesse. Gerade die Pharmaindustrie würde 70 Prozent Ausländer benötigen, die über das entsprechende Know-how verfügten.

FDP-Landrätin Petra Studer (Lauterbach) befürchtet sogar, dass einige der Life-Sciences-Masterstudiengänge bei weniger Ausländern eingestellt werden müssten. SP-Landrat Marc Joset (Binningen) warnte zudem vor einer möglichen Retourkutsche für Schweizer, die im Ausland studieren.

In einem Punkt stimmten die Fraktionen mit Thüring überein: In Zukunft sollen sich alle Kantone an der Finanzierung ausländischer Studenten beteiligen und nicht nur die Uni-Trägerkantone. Landrat wie Regierung hoffen dabei auf laufende Verhandlungen mit dem Bund. (MN)



HEINZ DURRENBERGER

Grossräte tschutten besser als Landräte

Der Einsatz von Landrat Hannes Schweizer (links) gegen Grossrat Atilla Toptas reichte nicht ganz: Im Parlamentarierduell gewann der

Basler Grossrat gestern 5:3 (2:2). Der Sieg war eine Revanche: Zweimal zuvor hatten die Baselbieter das Derby gewonnen. (BZ)

Lehrer verlieren Mitsprache

Eine herbe Schlappe setzte es für die SP – und die Lehrer. Die Partei, die sich wie keine andere für die Belange der Lehrerschaft einsetzt, stand auf verlorenem Posten. Mit 55 Ja gegen 26 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwies der Landrat eine Motion des Freisinnigen Rolf Richterich (Laufen). Er forderte, das Vorschlags- und Empfehlungsrecht des Lehrerkonvents bei der Anstellung neuer Schulleitungsmitglieder aus dem Bildungsgesetz zu streichen. Dieses führe nämlich zu Konflikten mit dem Schulrat, wenn dieser der Empfehlung des Konvents nicht folgt. Für Richterich ist die Mitsprache der Lehrer durch die Vertretung im Schulrat gewährleistet. Genau dies stellt die SP infrage, da die Lehrervertretung im Schulrat gar kein Mitbestimmungsrecht habe: «Wird das Vorschlagsrecht des Konvents tatsächlich gestrichen, muss zumindest das ebenfalls geändert werden», mahnte Gelterkinder SP-Landrat Martin Rüegg. (MN)